

„Nur 6000 Prozent Inflation“

SPIEGEL-Interview mit dem jugoslawischen Wirtschaftsexperten Branimir Lokin über die Krise

SPIEGEL: Herr Lokin, die Inflation in Jugoslawien hat europäische Rekordhöhe erreicht: fast 1000 Prozent. In Montenegro und Belgrad haben jüngst Demonstranten nicht nur mehr Lohn, sondern auch den Rücktritt der angeblich unfähigen Regierung gefordert. Gibt es künftig auch eine Inflation von jugoslawischen Regierungen?

LOKIN: Ich glaube nicht, daß die Regierung Marković, obwohl sie erst ein halbes Jahr im Amt ist, politisch überleben kann. Ihr Schicksal ist zu eng mit der Inflation verknüpft. Und dafür, daß sich das Versprechen erfüllt, ab Oktober werde die Inflation stagnieren, gibt es keinerlei Anzeichen. Der Regierung fehlt die Strategie, sie trifft ihre Maßnahmen ohne Dosierung, ohne Konzept.

SPIEGEL: Welche Folgen könnte ein vorzeitiger Regierungswechsel haben?

LOKIN: Ich fürchte, er würde eine Katastrophe heraufbeschwören, Zahlungsunfähigkeit etwa. Unsere Währungsreserven betragen derzeit rund fünf Milliarden Dollar. Aber ich garantiere, daß mit dem Rücktritt der Regierung die Bevölkerung binnen 24 Stunden mindestens fünf bis sechs Milliarden Dollar von den Sparkonten abheben würde.

SPIEGEL: Warum eine solche Hysterie?

LOKIN: Premier Marković gilt als letztes Synonym für Liberalisierung der Wirtschaft und ein besseres Leben. Wenn er fällt, ist das Vertrauen der Bürger in unser System endgültig dahin.

SPIEGEL: Im Westen bekam Marković für seine Reformen bisher nur Lob. Jetzt hat der Internationale Währungsfonds (IWF) überraschend seine Meinung geändert. Er kündigte den Standby-Kredit und stoppte die Verhandlungen über eine weitere Stundung der 18,2 Milliarden Dollar jugoslawischer Schulden bei westlichen Banken. Was hat den IWF verärgert?

LOKIN: Die restriktive Politik des Währungsfonds hat in keinem Reformprogramm, in welchem Land der Welt auch immer, Erfolge gezeigt. Deshalb läßt der IWF jetzt das Schuldnerland das Reformprogramm entwickeln. Es muß beweisen, daß seine Strategie Erfolg verspricht. Diesen Beweis konnte

die Belgrader Regierung nicht erbringen.

SPIEGEL: Der IWF kritisierte unter anderem, daß die Gehälter um ein Drittel höher lägen als im Vorjahr.

LOKIN: Die Löhne sind parallel zur Inflation gestiegen, statt sich – wie der IWF vorschlägt – der Akkumulation der Wirtschaft anzupassen. Wenn wir aber unsere Löhne an der Effektivität der Wirtschaft orientieren würden, hätten wir schlichtweg keine Löhne mehr. Denn unsere Wirtschaft ist so abgrund-



Wirtschaftsexperte Lokin
„Die Lage ist chaotisch“

Titos Erbschaft

scheint in diesen Monaten schnell zu verfallen. Sloweniens Parlament legte sich ein Austrittsrecht aus dem jugoslawischen Gesamtstaat zu, zwischen Kroatien und Slowenien einerseits, Serbien, Mazedonien und Montenegro andererseits herrscht offener Handelskrieg. Die Bundesregierung in Belgrad unter Premier Ante Marković ist nicht mehr Herr der Lage. Im Machtkampf und Nationalitätenstreit geht es um die Frage, ob sich der eigenwillige Sozialismus des Staatsgründers Tito überhaupt reformieren läßt. Mit wenig Hoffnung beschreibt der kroatische Wirtschaftsexperte Branimir Lokin, 49, der lange Jahre engster Berater von Marković war, die Krise.

tief im Keller, daß es keine Chance gibt, sie durch Reformmaßnahmen zu retten. Montenegro, Mazedonien und Kosovo sind praktisch bankrott.

SPIEGEL: Nach dem Gesetz müssen die Jugoslawen acht Stunden am Tag arbeiten. In Wirklichkeit arbeiten sie laut Statistik aber nur drei Stunden und 14 Minuten. Mindestens jeder dritte Arbeiter ist im Betrieb überflüssig, aber entlassen wird so gut wie keiner.

LOKIN: Ja, würden wir alle überflüssigen Arbeitskräfte auf die Straße setzen, kämen wir auf eine Arbeitslosenquote von ungefähr 50 Prozent. Für diese müßten wir dann ein Sozialprogramm aufstellen, nach dem Motto: Ein Loch stopfen – ein anderes aufreißen. Schon jetzt leben unsere 1,4 Millionen Arbeitslosen am Existenzminimum.

SPIEGEL: Was also wäre zu tun?

LOKIN: Das Zuviel an Arbeitskräften muß umgeschult werden, und zwar auf Kosten der Betriebe. Diese wiederum müssen dafür vom Staat Steuererleichterungen erhalten.

SPIEGEL: Aber die Regierung stößt doch gerade in den Betrieben auf härtesten Widerstand.

LOKIN: Die Regierung will die Betriebe zwingen, reale Bilanzen vorzulegen. In diesem Fall müßten aber die meisten Betriebe sofort Konkurs anmelden. Denn die Buchführungen werden überwiegend mit fiktiven Werten und Guthaben frisiert.

SPIEGEL: Können Sie konkrete Beispiele nennen?

LOKIN: Da werden zum Beispiel ausrangierte Maschinen, die im Westen längst abgeschrieben wären, mit ihrem Neupreis aufgeführt oder Guthaben bei anderen Firmen verbucht, die es in Wirklichkeit nicht gibt oder deren Wert astronomisch hoch angesetzt ist. Im Reformprogramm der Regierung fehlt das Überlebensprogramm für diese Firmen, das ihnen noch eine Chance vor dem Konkurs einräumt.

SPIEGEL: Trotzdem will die Regierung diese Firmen jetzt zwingen, ihre Preise sogar noch zu senken. Sie hat sich außerdem den Zorn von Käufern und Betrieben mit dem Verbot zugezogen, Waren auf Raten oder Kredit zu kaufen, die nur mit einem symbolischen Zinssatz belastet sind.



Serbenführer Milošević, Premier Marković: „Rückfall ins 19. Jahrhundert“

LOKIN: Unsere Wirtschaftspolitik ist im Westen kaum jemandem verständlich zu machen, unsere Kreditpolitik wohl in der Welt ohne Beispiel. Wir haben den Verbrauchern zu Zeiten einer aberwitzigen Inflation ermöglicht, mittels fast zinsloser Kredite Häuser zu bauen, Autos zu kaufen und auf großem Fuß zu leben. Stellen Sie sich doch vor, bei einer monatlichen Inflation von 30 Prozent und einer Kreditierung des Kaufpreises

kommt aus Nebenjobs und Schwarzarbeit, aus Spekulation und Kriminalität. An der Küste wird Ihnen heute kein Handwerker mehr unter 100 Mark – und das in Devisen – den Toilettendeckel festschrauben. Denn dort fließen die Devisen der Touristen seit Jahrzehnten in die Privattaschen von Zimmervermietern und Bootsverleihern.

SPIEGEL: Die Regierung Marković wurde auch zum Zankapfel zwischen

durch erhöhte Inlandspreise wieder wett.

SPIEGEL: Serbien beschuldigt die Regierung, eine antiserbische Politik zu betreiben.

LOKIN: Ja, denn der serbische Republik-Chef Slobodan Milošević sucht einen Schuldigen für seine mißglückte Volksanleihe. Er wollte von der Bevölkerung eine Milliarde Dollar für die serbische Wirtschaft eintreiben. Aber trotz aller Propaganda wurden bisher kaum mehr als zehn Millionen Dollar eingezahlt.

SPIEGEL: Und was hat die Belgrader Bundesregierung damit zu tun?

LOKIN: Jetzt beschuldigt Serbien die Bundesregierung, ihre Inflationspolitik hätte die Investoren verunsichert. Richtig ist aber: Die serbischen Bürger haben auf ihren Devisenkonten drei Milliarden Dollar gespart. Doch jene Bürger, die über Kapital verfügen, haben kein Vertrauen in Milošević.

SPIEGEL: Milošević hat mittlerweile sein eigenes Wirtschaftsprogramm aufgestellt. Wodurch unterscheidet sich das vom Regierungsprogramm beziehungsweise von den kroatischen und slowenischen Vorstellungen?

LOKIN: Das Programm von Milošević ist ein Rückfall ins 19. Jahrhundert. Es ist ausschließlich ein Kampf um die Macht. Es fördert das gesellschaftliche Eigentum und – wenn auch verdeckt – das Einparteiensystem. Kroatien und Slowenien dagegen sind auf dem Weg zum Mehrparteiensystem.

SPIEGEL: Wie lange kann eine Föderation mit solch grundlegenden Unterschieden noch halten?

LOKIN: Wir werden eine totale Abgrenzung zwischen den Republiken bekommen. Es ist sehr fraglich, ob Kroatien und Slowenien auch künftig bereit sein werden, ihren Pflichtbeitrag zur Entwicklung des Kosovo zu leisten – solange dieses unter dem Diktat einer einseitigen serbischen Wirtschaftspolitik steht.

SPIEGEL: Slowenien hat in seine neue Verfassung das Recht aufgenommen, sich von Jugoslawien loszusagen. Könnte die nur zwei Millionen Einwohner zählende Republik überhaupt wirtschaftlich überleben?

LOKIN: Ich glaube, ja. Ein Drittel der jugoslawischen Exporte wird schon jetzt allein von Slowenien erbracht. Den Rest seiner Waren könnte Slowenien im Falle einer Abtrennung in Kroatien und Bosnien absetzen.

SPIEGEL: Wäre eine Konföderation nicht die einfachere Lösung?

LOKIN: Wir waren in unserer Nachkriegsgeschichte schon zweimal nahe an der Konföderation. Dies wäre, zumindest in wirtschaftlicher Sicht, die sauberste Lösung. Es käme zu klaren Abrech-



Banknote über zwei Millionen Dinar*: „Neue Währung mit anderem Namen“

von einem halben Jahr bekamen die Kunden noch vor wenigen Wochen die Waren zu einem minimalen Prozentsatz des ursprünglichen Kaufpreises.

SPIEGEL: Der Lebensstandard ist drastisch gesunken. Der monatliche Durchschnittslohn liegt bei 212 Dollar – 30 Prozent weniger als 1978. Trotzdem lebt ein Teil der Bevölkerung sichtbar besser.

LOKIN: Nur 32 Prozent dessen, was die Bevölkerung jährlich ausgibt, stammt aus Löhnen und Gehältern. Der Rest

den Republiken. Slowenien, Kroatien und Bosnien unterstützen die Regierung – die Südrepubliken, allen voran Serbien, wollen Marković zum Rücktritt zwingen.

LOKIN: Die Lage ist absurd und chaotisch. Zwischen den einzelnen Republiken tobt offener Handelskrieg. In Slowenien gibt es keine serbischen Produkte mehr auf dem Markt, und umgekehrt. Auf dem Auslandsmarkt tricksen sich die Republiken gegenseitig mit Dumpingpreisen aus. Den Verlust auf dem Auslandsmarkt machen sie später

* Nach neuestem Kurs 111 Mark.

nungen zwischen den Republiken und nicht zu gegenseitigen Beschuldigungen, aus dem gemeinsamen Topf zuviel zu nehmen.

SPIEGEL: Aber die Kluft zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden würde dadurch ja nicht geringer.

LOKIN: Wir müßten endlich lernen, daß es unmöglich ist, alle Republiken auf gleichen Standard zu heben. Wir müssen die Unterschiede akzeptieren. Kosovo kann nie das Niveau von Slowenien erreichen. In Slowenien sind die Löhne heute dreimal so hoch wie im Kosovo. Im Falle einer Konföderation würde man den unterentwickelten Republiken eben niedrigere Preise einräumen. Man würde auf der Basis von irgendeiner West-Valuta handeln – der Dinar wäre natürlich out.

SPIEGEL: Das ist er jetzt schon. Er besitzt praktisch keinen Wert mehr. Für Ende des Jahres hat die Regierung eine Denomination* um einige Nullen angekündigt.

LOKIN: Damit wird weder die Inflation bekämpft, noch wird der Dinar besser. Die Bevölkerung rechnet mehr als 20 Jahre nach der letzten Währungsreform noch immer in „alten“ Dinaren. Die jetzt geplante Denomination hätte nur dann einen Sinn, wenn man den Dinar abschafft und der Währung einen anderen Namen gibt.

SPIEGEL: Die Regierung sagt, ohne eine Änderung des politischen Systems sei keine Wirtschaftsreform möglich. Wer soll das politische System denn ändern und wie?

LOKIN: Das weiß keiner. Denn die Partei und all die kleinen Funktionärsfürsten in den Gemeinden denken gar nicht daran, sich wirklich von der Macht zurückzuziehen. Sie fingieren ihren angeblichen Rückzug und geben sich als Befürworter von Pluralismus aus – aber im Untergrund arbeiten sie wie die Maulwürfe, um weiter an der Macht zu bleiben. Die einzige Hoffnung in diesem Sinne ist eine neue Verfassung.

SPIEGEL: Für den Herbst wird eine neue Streikwelle erwartet. In Mazedonien haben 20 000 Arbeiter im vorigen Monat keinen Lohn erhalten, im Kosovo die Arbeiter sogar mehr als drei Monate lang. Wann wird das Volk die Bastille stürmen?

LOKIN: Wir haben in Jugoslawien ein System der Repression. Die Angst vor der allgegenwärtigen Polizei ist noch heute vorhanden. In dieser Hinsicht haben Polen und Ungarn mehr politische Kultur als wir in Jugoslawien.

SPIEGEL: Wie ist Ihre Prognose für die Inflation Ende 1989?

LOKIN: 1500 Prozent.

SPIEGEL: Und für das Jahr 1990? 15 000 Prozent?

LOKIN: Nein, nur 6000.

* Herabsetzung des Nennwertes einer Währung.

Indien

Stunde der Skandale

Neue Enthüllungen im Bofors-Waffenskandal machen Premier Gandhi zu schaffen.

Wenn sich Radschiw Gandhi mit der Opposition in seinem Land auseinandersetzt, vergißt er zuweilen seine englische Erziehung. Der Premier, 45, der sich auf internationalem Parkett – zuletzt bei der Konferenz der Blockfreien in Belgrad – gern als diplomatischer Sachwalter und moderater



Premier Gandhi
„Als Dieb verschrien“

Vermittler darstellt, beschimpft im Inland seine Gegner grob als „Lügner“ oder „Verräter“.

Den jüngsten Angriff startete er am indischen Unabhängigkeitstag: Von den historischen Mauern der 350 Jahre alten Roten Festung in Delhi feuerte Radschiw Gandhi eine propagandistische Breitseite gegen seine politischen Feinde ab. „Volksfeindliche Kräfte singen und tanzen mit Separatisten“, verkündete er, „Verräter laufen frei umher und sind sogar bis ins Parlament vorgezogen.“

Indiens Demokratie, nach britischem Muster geschneidert, entsprach schon in der Vergangenheit wenig dem würdigen Londoner Vorbild. Jetzt, da die Ende des Jahres anstehenden Parlamentswahlen näherrücken, ist der Kampf um die Wähler zu einem „schmutzigen Krieg“ (so das indische Blatt *Frontline*) entartet, tobt eine wahre Schlammschlacht zwischen Regierung und Opposition.

Begleitet von schrillen Verbalinjurien, bezichtigen die Parteien einander ungehemmt der Steuerhinterziehung und Bestechung. Gandhi beschimpfte seine Gegner als „Parasiten“, während seine Parteifreunde einander mit beleidigenden Attributen – „Hund der CIA“, „Giftschlange“, „Bandit“ – überboten, um Prominente der Opposition zu verhöhn.

Deren Antworten sind um nichts feiner. Gandhi, verheiratet mit einer Italienerin, wird als „ausländisches Virus“ gescholten, das Ehepaar unter Anspielung auf die gestürzte philippinische Diktatorenfamilie als „Indiens Marcos und Imelda“ verunglimpft. „Der Verräter der Nation“, pöbelte Rama Rao, Ministerpräsident des Bundesstaates



Protest der Opposition in Delhi: „Schmutziger Krieg“